

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für

den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatl. Einzelne Ausg. 20 Pf.
Bemüher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.
Postcheckkonto Dresden Nr. 2486.



Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzelle oder deren Raum im Ankündigungsteile 2 M., die 66 mm breite Grundzelle oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M., unter Gingehardt 5 M. — Erledigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Belehrungsblätter der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Stadtförstrevieren.

Befragt mit der Überleitung (und preisgezielten Bezeichnung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Voeges in Dresden.

Mr. 160

Mittwoch, 13. Juli

1921

* In der Presse sind Mitteilungen darüber erschienen, daß die Reichsbahnverwaltung Bayern Zugeständnisse gemacht hat, welche die Zuständigkeitsgrenzen der bayerischen Zweigstelle des Reichsverkehrsministeriums vergrößern und Bayern eine erhöhte Selbstständigkeit auf technischen und tatsächlichen Gebiete gewähren. Die bayerische Regierung hat bereits Schritte unternommen, um festzuhalten, in welchem Umfang diese Weisung zutrifft. Bald vertragliche Zugeständnisse gemacht worden sein sollen, so wäre die bayerische Regierung mit allem Nachdruck dagegen wirken, daß ihr gegenüber von der Reichsbahnverwaltung gleiches Entgegenkommen gezeigt wird.

(N.) In der Presse wird mitgeteilt, daß Arbeitsminister Jädel wiederum zum Vorstand des Textilarbeiterverbands gewählt worden ist, ob und in dieser Rolle der Anschein erweckt, als ob Minister Jädel dadurch doppeltes Gehalt besitzt und gegen Artikel 33 der Verfassung verstoße, der den Ministern die Annahme engerlicher Gedanken verbietet. Demgegenüber ist zu bemerken, daß Minister Jädel bisher und auch jüngst für die Dauer seiner Ministerialität vom Textilarbeiterverband dispensiert und nur wiedergewählt worden ist, damit ihm der von ihm schon seit Jahren bestehende Posten erhalten bleibt. Da er während der Dispensation als vorstehender keinen Gehalt bezog, liegt ein Verstoß gegen die Verfassung nicht vor.

Bon der Konferenz der Ernährungsminister.

(W. M.) Die Stuttgarter Konferenz der Ernährungsminister, an der von Sachsen die Herren Blümrich, Hellek, Ministerialdirektor Dr. v. Hübel und Ministerialrat Dr. v. Wendtner teilnahmen, beschäftigte sich neben der Frage der Aufhebung einger. Verordnungen über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln, Tabak und Wein u. a. hauptsächlich mit der Frage der gesiegelten Versendung ländlicher Düngemittel durch die technisch Landwirtschaft sowie mit der Aufhebung der Zulassungserfordernisse. Die Bemühung des Autors soll nach dem Beschluss der Konferenz mit dem 1. Oktober d. J. ihr Ende finden. Vorausgesetzt dafür war, daß der ersehnte Ankauf der Süßenbananenfläche, die in diesem Jahre etwa 70 Proz. der Friedensfläche erreicht, und die Tatsache, daß der Weltmarktpreis für Zucker bereits niedriger ist als der Inlandspreis.

Um die gehaltene landwirtschaftliche Produktion kräftig zu fördern, war die Konferenz sich klar, daß das erste Mittel dazu in der reichlichen Verwendung von künstlichem Dünger besteht. Als Maßnahme zur Förderung verminderter Verwendung desselben erachtet die Konferenz in den von ihr angestellten Versuchen, neben dem Schnupf der Landwirtschaft gegen minderwertige Düngemittel und neben der Gestaltung der Fruchtfolge, vor allem als nötig die Errichtung von Beispielwirtschaften wie auch die Veranschaffung von Beispieldörfern, um durch praktische Aufführung den Landwirten die Vorteile der künstlichen Düngung zu zeigen. Das Reich wird einheitliche Richtlinien aufstellen, die Ausklärung selbst wird den einzelnen Ländern überlassen bleiben. Ebenso wird das Reich für diese Zwecke Mittel den Ländern nach einem bestimmten Maßstab zur Verfügung stellen. — Ein Ausklang der Konferenzteilnehmer nach der landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim und der gleichzeitig damit verbundenen Amtswirtschaft (Austriawirtschaft), die neben der Anwendung von Kunstdünger die Vorteile der nationalen Wirtschaft überhaupt vor Augen führt, beschäftigt sämtliche Teilnehmer in ihrer Überzeugung von der Bedeutung der Errichtung von Beispieldörfern. Haben doch in einer einzigen Woche nicht weniger als 4000 Landwirte die Beispieldörfer in Hohenheim besucht.

Bezüglich der Brotversorgung bemerkte der Reichsernährungsminister, daß der Übergang zur neuen Rente sich diesmal ohne größere Einschüttung vollziehen würde. Die bisherige Ration kann als gesichert gelten. Auch ist mit einer Verbesserung der Qualität des Brotes zu rechnen.

Betriebsstilllegungen im Düsseldorfer Bezirk.

Siegmund, 12. Juli. Infolge der Zwangsmaßnahmen des Verbandes am Rhein haben bis Ende Mai bei der Düsseldorfer Regierung bereits 62 Stilllegungen oder Betriebs einschränkungen gemeldet werden müssen. In der Zeit vom 1. bis 24. Juni erfolgte die Stilllegung oder Einschränkung weiterer 27 Betriebe. Von den 5000 Arbeitern des Düsseldorfer Bezirks waren etwa 20000 mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigt. Bei verschiedenen Industrien ist ein Ausstragungsbild zu 66 Proz. zu verzeichnen.

Die Konferenz in Washington.

Paris, 11. Juli. (Havas-Meldung.) Der amerikanische Geschäftsträger batte heute vormitag dem Duc d'Orsay einen Besuch ab, wo er von dem Abteilungsdirektor der politischen Abteilung empfangen wurde. Der Schrift des amerikanischen Geschäftsträgers sollte dazu dienen, die Eröffnung der Eröffnung von Beispieldörfern. Haben doch in einer einzigen Woche nicht weniger als 4000 Landwirte die Beispieldörfer in Hohenheim besucht.

Bezüglich der Brotversorgung bemerkte der

Reichsernährungsminister, daß der Übergang zur

neuen Rente sich diesmal ohne größere Einschüttung

vollziehen würde. Die bisherige Ration kann als gesichert gelten. Auch ist mit einer

Verbesserung der Qualität des Brotes zu rechnen.

Die Finanznot Polens.

Drohender Zusammenbruch.

Der drohende Zusammenbruch der polnischen Wirtschaft hat in ganz Polen die größte Besorgnis hervorgerufen. Am maßvollsten spricht sich noch die „Rzeczpospolita“ über die gegenwärtige Lage aus. „Das gegenwärtige Sorgen unseres Geldlagers“, schreibt das genannte polnische Blatt, „stellt eine Fahrt in habsburgerischer Geschwindigkeit dar. Es handelt sich nicht mehr um ein Fallen, es handelt sich um eine Panik.“ Die Auflösung des polnischen Staatsstaates habe begonnen, fügt die Zeitung hinzu. Schäfer äußert sich über die „Gazeta Warszawska“, welche die Schuld an der Katastrophe der Regierung zugeschoben und dabei feststellt: „Polen lebt inmitten der zivilisierten Völker Europas, die uns und unsere Politik vom ersten Augenblick an beobachten und die ihrer Meinung über und im Vorurtheile unserer Mark Ausdruck verleihen. Die Staatswirtschaft Polens ist in ihrem Augen gerade so viel wert, wie unsere Mag.“ Noch deutlicher wird die „Gazeta Warszawska“ da ausdrückt: „Soweit sind ja wohl unter der vielerjährigen Regierung Witos gelangt.“ Das Blatt stellt dabei fest: „Die polnische Mark sei bereits auf den Wert von 2 deutschen Pfennigen und den eines halben französischen Centimes.“ Gegenüber dem Dollar und dem englischen Pfund liege sich ihr Wert nur nach Tauschrechnen errechnen. Als Grund für den Zusammenbruch gibt die Zeitung die „unerhöhten verdeckteren Verluste und Verluste“ der Staatswirtschaft an. Mit einer Anspielung auf Bildjudek, der sich einmal selbst als „stolzen Hafard“ bezeichnete, spricht die „Gazeta Warszawska“ von einem „stolzen Hafardspiel“ der Witos-Regierung.

Übergabe von Schuldverschreibungen über 12 Milliarden Goldmark.

Berlin, 11. Juli. In Erfüllung der Verpflichtungen aus Artikel 2a des Zahlungsplanes

des Reparationsausschusses hat die Kriegslastenkommission dem Reparationsausschuß zum 1. d. M. Schuldverschreibungen über 12 Milliarden Goldmark übergeben, die vom 1. Mai 1921 ab mit 5 Proz. verzinst und vom gleichen Tage ab mit jährlich 1 Proz. unter Zuwachs der durch die Tilgung erwarteten Zinsen durch Rückzahlung zum Nominal getilgt werden. Als Sicherheiten für diese Zahlungen bestimmt die deutsche Regierung an erster Stelle die Erträge der deutschen See- und Landzölle, insbesondere aller Aus- und Einfuhrabgaben, die Erträge einer Abgabe von 25 Proz. auf den Wert aller deutschen Ausfuhr, und dabei feststellt: „Polen lebt inmitten der zivilisierten Völker Europas, die uns und unsere Politik vom ersten Augenblick an beobachten und die ihrer Meinung über und im Vorurtheile unserer Mark Ausdruck verleihen. Die Staatswirtschaft Polens ist in ihrem Augen gerade so viel wert, wie unsere Mag.“ Noch deutlicher wird die „Gazeta Warszawska“ da ausdrückt: „Soweit sind ja wohl unter der vielerjährigen Regierung Witos gelangt.“ Das Blatt stellt dabei fest: „Die polnische Mark sei bereits auf den Wert von 2 deutschen Pfennigen und den eines halben französischen Centimes.“ Gegenüber dem Dollar und dem englischen Pfund liege sich ihr Wert nur nach Tauschrechnen errechnen. Als Grund für den Zusammenbruch gibt die Zeitung die „unerhöhten verdeckteren Verluste und Verluste“ der Staatswirtschaft an. Mit einer Anspielung auf Bildjudek, der sich einmal selbst als „stolzen Hafard“ bezeichnete, spricht die „Gazeta Warszawska“ von einem „stolzen Hafardspiel“ der Witos-Regierung.

Die zu erwartende Brotpreissteigerung wird keinesfalls 50 Proz. übersteigen. Eine Erhöhung des Brotpreises macht sich aber nötig, weniger infolge der Erhöhung der Getreidepreise für die neue Rente, die immer noch nicht die Hälfte des Auslandspreises betragen, als vielmehr durch die Einschränkung des Weizenangebotes für Auslandsgesetze, der sich wegen der Finanzlage des Reiches notwendig macht.

Als Ort der nächsten Konferenz der Ernährungsminister wurde Lüdenscheid bestimmt.

*

Betriebsstilllegungen

im Düsseldorfer Bezirk.

Siegmund, 12. Juli. Infolge der Zwangsmaßnahmen des Verbandes am Rhein haben bis Ende Mai bei der Düsseldorfer Regierung bereits 62 Stilllegungen oder Betriebs einschränkungen gemeldet werden müssen. In der Zeit vom 1. bis 24. Juni erfolgte die Stilllegung oder Einschränkung weiterer 27 Betriebe. Von den 5000 Arbeitern des Düsseldorfer Bezirks waren etwa 20000 mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigt. Bei verschiedenen Industrien ist ein Ausstragungsbild zu 66 Proz. zu verzeichnen.

Die Konferenz in Washington.

Paris, 11. Juli. (Havas-Meldung.) Der amerikanische Geschäftsträger batte heute vormitag dem Duc d'Orsay einen Besuch ab, wo er von dem Abteilungsdirektor der politischen Abteilung empfangen wurde. Der Schrift des amerikanischen Geschäftsträgers sollte dazu dienen, die Eröffnung der Beispieldörfer in Hohenheim und der gleichzeitig damit verbundenen Amtswirtschaft (Austriawirtschaft), die neben der Anwendung von Kunstdünger die Vorteile der nationalen Wirtschaft überhaupt vor Augen führt, beschäftigt sämtliche Teilnehmer in ihrer Überzeugung von der Bedeutung der Errichtung von Beispieldörfern. Haben doch in einer einzigen Woche nicht weniger als 4000 Landwirte die Beispieldörfer in Hohenheim besucht.

Bezüglich der Brotversorgung bemerkte der

Reichsernährungsminister, daß der Übergang zur

neuen Rente sich diesmal ohne größere Einschüttung

vollziehen würde. Die bisherige Ration kann als gesichert gelten. Auch ist mit einer

Verbesserung der Qualität des Brotes zu rechnen.

Gebt für das Ober-schlesierhilfswerk!

Die Warschauer Finanz-katastrophe.

—er. Warschau, 9. Juli. Der deutsche Reichstag ist in die Sommerferien gegangen, der polnische Sejm noch nicht. Die neue Regierung Witos möchte ihn gern schleunigst in Umlauf bringen, weil die bürgerlichen Abgeordneten, auf die sich bei entscheidenden Sitzungen rüsten mögen, infolge derrente zum größten Teil fehlen. Aber die öffentliche Meinung verlangt, daß irgend eine parlamentarische Wahlnahme erfolgt. Denn die Stunde ist mehr als trübe. Man steht vor dem Staatsbankrott, man befindet sich eigentlich schon mittan darin. Das furchtbare Wort will nur nicht amtlich über die Lippen. Erst jetzt beginnen die Banken ihre Zahlungen einzustellen, dann würden sich die Preiserger zu einem Hilfswerk an den Finanzminister Zielonowski, er forderte Ostgalizien nicht zugrunde gehen lassen. Nun meldet sich auch der Vorstand des Warschauer Wirtschaftskomitees und fordert, daß sich die Regierung vom Sejm außerordentliche Vollmachten zum Erfordernißiger Weisnahmen geben lasse, um die Finanzkatastrophe zu verhindern! Was soll geschehen? Zielonowski, der ein gründlicher Nationalökonom mit dem besten Willen ist, hat tatsächlich im Parlament eine Rechenschaft abzulegen, gehalten, er sieht die Ursache der polnischen Katastrophe mit Recht vor allem in der oberflächlichen Verwaltung, also in der polnischen Rente. Dann aber auch im schwachen Zustand amerikanischer Überwiegungen, im offiziösen Zustand der polnischen Rawits- und Holzexporte, im dauernden Bedarf fremder Teile für soziale Lebensmittel- und Kleidungsinhalte. Auch die Industrie braucht beständig ausländische Wirtschaft für ihre Abschaffnungen. Endlich haben ausländische Spezialisten mit polnischer Rat gewaltsige Anstrengungen unternommen. Die Waren werden allein 160000000 auf den Markt geworfen. In Polen selbst kommt das Zolltarifproblem infolge der Ereignisse über eine kommende Razziaempfehlung und Despoliation. Zwei weigern nämlich jeder aufmerksame Beobachter. Wer will will Zielonowski, der ein gründlicher Nationalökonom mit dem besten Willen ist, hat tatsächlich im Parlament eine Rechenschaft abzulegen, gehalten, er sieht die Ursache der polnischen Katastrophe mit Recht vor allem in der oberflächlichen Verwaltung, also in der polnischen Rente. Dann aber auch im schwachen Zustand amerikanischer Überwiegungen, im offiziösen Zustand der polnischen Rawits- und Holzexporte, im dauernden Bedarf fremder Teile für soziale Lebensmittel- und Kleidungsinhalte. Auch die Industrie braucht beständig ausländische Wirtschaft für ihre Abschaffnungen. Endlich haben ausländische Spezialisten mit polnischer Rat gewaltsige Anstrengungen unternommen. Die Waren werden allein 160000000 auf den Markt geworfen. In Polen selbst kommt das Zolltarifproblem infolge der Ereignisse über eine kommende Razziaempfehlung und Despoliation. Zwei weigern nämlich jeder aufmerksame Beobachter. Wer will will Zielonowski, der ein gründlicher Nationalökonom mit dem besten Willen ist, hat tatsächlich im Parlament eine Rechenschaft abzulegen, gehalten, er sieht die Ursache der polnischen Katastrophe mit Recht vor allem in der oberflächlichen Verwaltung, also in der polnischen Rente. Dann aber auch im schwachen Zustand amerikanischer Überwiegungen, im offiziösen Zustand der polnischen Rawits- und Holzexporte, im dauernden Bedarf fremder Teile für soziale Lebensmittel- und Kleidungsinhalte. Auch die Industrie braucht beständig ausländische Wirtschaft für ihre Abschaffnungen. Endlich haben ausländische Spezialisten mit polnischer Rat gewaltsige Anstrengungen unternommen. Die Waren werden allein 160000000 auf den Markt geworfen. In Polen selbst kommt das Zolltarifproblem infolge der Ereignisse über eine kommende Razziaempfehlung und Despoliation. Zwei weigern nämlich jeder aufmerksame Beobachter. Wer will will Zielonowski, der ein gründlicher Nationalökonom mit dem besten Willen ist, hat tatsächlich im Parlament eine Rechenschaft abzulegen, gehalten, er sieht die Ursache der polnischen Katastrophe mit Recht vor allem in der oberflächlichen Verwaltung, also in der polnischen Rente. Dann aber auch im schwachen Zustand amerikanischer Überwiegungen, im offiziösen Zustand der polnischen Rawits- und Holzexporte, im dauernden Bedarf fremder Teile für soziale Lebensmittel- und Kleidungsinhalte. Auch die Industrie braucht beständig ausländische Wirtschaft für ihre Abschaffnungen. Endlich haben ausländische Spezialisten mit polnischer Rat gewaltsige Anstrengungen unternommen. Die Waren werden allein 160000000 auf den Markt geworfen. In Polen selbst kommt das Zolltarifproblem infolge der Ereignisse über eine kommende Razziaempfehlung und Despoliation. Zwei weigern nämlich jeder aufmerksame Beobachter. Wer will will Zielonowski, der ein gründlicher Nationalökonom mit dem besten Willen ist, hat tatsächlich im Parlament eine Rechenschaft abzulegen, gehalten, er sieht die Ursache der polnischen Katastrophe mit Recht vor allem in der oberflächlichen Verwaltung, also in der polnischen Rente. Dann aber auch im schwachen Zustand amerikanischer Überwiegungen, im offiziösen Zustand der polnischen Rawits- und Holzexporte, im dauernden Bedarf fremder Teile für soziale Lebensmittel- und Kleidungsinhalte. Auch die Industrie braucht beständig ausländische Wirtschaft für ihre Abschaffnungen. Endlich haben ausländische Spezialisten mit polnischer Rat gewaltsige Anstrengungen unternommen. Die Waren werden allein 160000000 auf den Markt geworfen. In Polen selbst kommt das Zolltarifproblem infolge der Ereignisse über eine kommende Razziaempfehlung und Despoliation. Zwei weigern nämlich jeder aufmerksame Beobachter. Wer will will Zielonowski, der ein gründlicher Nationalökonom mit dem besten Willen ist, hat tatsächlich im Parlament eine Rechenschaft abzulegen, gehalten, er sieht die Ursache der polnischen Katastrophe mit Recht vor allem in der oberflächlichen Verwaltung, also in der polnischen Rente. Dann aber auch im schwachen Zustand amerikanischer Überwiegungen, im offiziösen Zustand der polnischen Rawits- und Holzexporte, im dauernden Bedarf fremder Teile für soziale Lebensmittel- und Kleidungsinhalte. Auch die Industrie braucht beständig ausländische Wirtschaft für ihre Abschaffnungen. Endlich haben ausländische Spezialisten mit polnischer Rat gewaltsige Anstrengungen unternommen. Die Waren werden allein 160000000 auf den Markt geworfen. In Polen selbst kommt das Zolltarifproblem infolge der Ereignisse über eine kommende Razziaempfehlung und Despoliation. Zwei weigern nämlich jeder aufmerksame Beobachter. Wer will will Zielonowski, der ein gründlicher Nationalökonom mit dem besten Willen ist, hat tatsächlich im Parlament eine Rechenschaft abzulegen, gehalten, er sieht die Ursache der polnischen Katastrophe mit Recht vor allem in der oberflächlichen Verwaltung, also in der polnischen Rente. Dann aber auch im schwachen Zustand amerikanischer Überwiegungen, im offiziösen Zustand der polnischen Rawits- und Holzexporte, im dauernden Bedarf fremder Teile für soziale Lebensmittel- und Kleidungsinhalte. Auch die Industrie braucht beständig ausländische Wirtschaft für ihre Abschaffnungen. Endlich haben ausländische Spezialisten mit polnischer Rat gewaltsige Anstrengungen unternommen. Die Waren werden allein 160000000 auf den Markt geworfen. In Polen selbst kommt das Zolltarifproblem infolge der Ereignisse über eine kommende Razziaempfehlung und Despoliation. Zwei weigern nämlich jeder aufmerksame Beobachter. Wer will will Zielonowski, der ein gründlicher Nationalökonom mit dem besten Willen ist, hat tatsächlich im Parlament eine Rechenschaft abzulegen, gehalten, er sieht die Ursache der polnischen Katastrophe mit Recht vor allem in der oberflächlichen Verwaltung, also in der polnischen Rente. Dann aber auch im schwachen Zustand amerikanischer Überwiegungen, im offiziösen Zustand der polnischen Rawits- und Holzexporte, im dauernden Bedarf fremder Teile für soziale Lebensmittel- und Kleidungsinhalte. Auch die Industrie braucht beständig ausländische Wirtschaft für ihre Abschaffnungen. Endlich haben ausländische Spezialisten mit polnischer Rat gewaltsige Anstrengungen unternommen. Die Waren werden allein 160000000 auf den Markt geworfen. In Polen selbst kommt das Zolltarifproblem infolge der Ereignisse über eine kommende Razziaempfehlung und Despoliation. Zwei weigern nämlich jeder aufmerksame Beobachter. Wer will will Zielonowski, der ein gründlicher Nationalökonom mit dem besten Willen ist, hat tatsächlich im Parlament eine Rechenschaft abzulegen, gehalten, er sieht die Ursache der polnischen Katastrophe mit Recht vor allem in der oberflächlichen Verwaltung, also in der polnischen Rente. Dann aber auch im schwachen Zustand amerikanischer Überwiegungen, im offiziösen Zustand der polnischen Rawits- und Holzexporte, im dauernden Bedarf fremder Teile für soziale Lebensmittel- und Kleidungsinhalte. Auch die Industrie braucht beständig ausländische Wirtschaft für ihre Abschaffnungen. Endlich haben ausländische Spezialisten mit polnischer Rat gewaltsige Anstrengungen unternommen. Die Waren werden allein 160000000 auf den Markt geworfen. In Polen selbst kommt das Zolltarifproblem infolge der Ereignisse über eine kommende Razziaempfehlung und Despoliation. Zwei weigern nämlich jeder aufmerksame Beobachter. Wer will will Zielonowski, der ein gründlicher Nationalökonom mit dem besten Willen ist, hat tatsächlich im Parlament eine Rechenschaft abzulegen, gehalten, er sieht die Ursache der polnischen Katastrophe mit Recht vor allem in der oberflächlichen Verwaltung, also in der polnischen Rente. Dann aber auch im schwachen Zustand amerikanischer Überwiegungen, im offiziösen Zustand der polnischen Rawits- und Holzexporte, im dauernden Bedarf fremder Teile für soziale Lebensmittel- und Kleidungsinhalte. Auch die Industrie braucht beständig

gabe des Oberkommissars, die Erhebungen anzustellen und den ganzen Fall zu übernehmen. Es wurden zahlreiche Befragungen vorgenommen. Dagegen war der Schrift des deutschen Außenministers Dr. Moser nur ein reiner Höflichkeitstext.

Brandsburg nahm von neuem den französischen Standpunkt in der oberhälftlichen Frage vor. Die französische Regierung hält sich nur an den Friedensvertrag. Die Totschläger scheinen zugunsten Polens zu sprechen, und es müssen schon zwingende Beweisgegenstände gebracht werden, um zu anderen Ergebnissen zu kommen. Die Verbündeten sind auf Seite der Rechtler der Gerechtigkeit. Wir wollen nichts anderes als die ehrliche und genaue Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrages, die eine Feststellung nach Gemeinden vorlässt, unter gerechter Berücksichtigung der geographischen Verhältnisse. Es müssen Vorkehrungen ergriffen werden. Nun gut, wir werden sie ergreifen. Brandenburg geht zur Präsentation der Kriegsbeschuldigten über und hebt hervor, daß diese Frage in dem Ultimatum besonders erwähnt worden war. Deutschland ist ja, als sollte es die Urteilnahme vornehmen, aber die französische Regierung möchte zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Ausweitung der französischen Überordnung in Leipzig vollkommen zweifelhaft war, da es sich ja nur um ein Theaterstück (!) handelt.

Brandenburg saßt die gegenwärtige Lügengeschichte nochmals zusammen und sagt: Er habe ein militärisches Vorrecht jederzeit zu vermeiden gesucht. Wenn aber unglücklicherweise die Alldeutschen die Übermacht gewinnen sollten, wenn es ihnen gelingen sollte, das Ministerium Wirth zu verwirren und Deutschland wieder in eine Politik zu führen, die Frankreich gefährlich werden könnte, dann möge ein jeder wissen, Frankreich besitzt alles, was es braucht, um die Lage wieder herzustellen. Nur ein Indiziativ wurde unter die Massen gerufen, obwohl von gewisser Seite die Unterstützung ethischer Abgrenzung gefordert worden war. Die Kammer hat die Handlung des Ministeriums genehmigt. Die Überwachungskommission hat in allen Punkten volle Genehmigung erhalten. Die Lücke in unserem Heer, die durch die Entlassung des Indiziativen entstanden war, ist wieder ausgefüllt. Wir sind im vollen Besitz unserer Macht. Wir haben die Zwangsmassnahmen ergriffen müssen, 1. ausgeschlagen der deutschen Regierung, die Wiederaufbaupolitik zu erfüllen, 2. wegen der nicht erfolgten Bestrafung der Kriegsbeschuldigten, 3. wegen der mangelhaften Entwicklung Deutschlands. Brandenburg zieht dann fort:

Deutschland hat das Ultimatum angenommen. Wenn die Frage der Kriegsbeschuldigten vor die Verbündeten kommen wird, so werden sie fragen: Habt ihr sie verurteilt? Wenn Wirth auch alles mögliche getan hat, um sein Verbrechen zu erfüllen, so genügt das noch nicht, um es Frankreich zu erlauben, auf die Zwangsmassnahmen zu verzichten. Das ist unmöglich, aber es ist auch für Deutschland nicht einmal wünschenswert, denn wenn später einmal eine alldeutsche Regierung ähnliche unannehbare Handlungen begehen sollte, so wäre das noch etwas ganz anderes. Die eine Tatsache bleibt doch bestehen, daß Deutschland geschlagen und besiegt ist. Es ist nichts anderes möglich, als daß es seine Verpflichtungen erfüllt. Auf der französischen Seite wird es an den festen Willen hoffen, von der Durchführung seiner Verpflichtungen Kenntnis zu nehmen.

Brandenburg mit den Worten: Wir haben es fertig gebracht, unsern Staatsaufstand ins Gleiche zu bringen. Frankreich wird in einer nahen Zukunft aus seinem Siege Nutzen ziehen und eine bessere Stellung enehmen. Dazu ist es aber nötig, daß das ganze Land den Einfluß gewinnt, auf gesetzlicher

Grundlage arbeiten zu können, in wirtschaftlicher wie in finanzieller Beziehung (Beispiel aus allen Ländern.)

Nürnberg in Belfast.

London, 11. Juli. Aus Belfast wird berichtet: In der letzten Nacht ereignete sich hier ein heftiger Zusammenstoß zwischen Sinnheinern und Polizei. Es gab etwa zehn Tote und 100 Verwundete.

Lloyd George und de Valera.

London, 11. Juli. (Reuter.) Lloyd George hat de Valera telegraphisch aufgesucht, mit den von ihm ausserordentlichen Personen im Laufe dieser Woche nach London zu kommen.

England und Angora.

London, 11. Juli. Aus den gestrigen Abendblättern geht hervor, daß Sir James Harrington davon abgesehen hat, mit General Pasha zusammenzutreffen, da dieser in der Antwort an den englischen Oberbefehlshaber die Tatsachen verbreit und die Sache so darstellt, als ob England um Verbündungen ehrucht habe. Die einzige Instruktion, die von London aus Sir Harrington gesandt worden wäre, sei nichts anderes als eine Bitte, Atem zu hören, und diese Tatsache hätte vielleicht später zu einer diplomatischen Unterhandlung führen können. Da nun mehr Atem aufs neue mit seinen alten Ansprüchen einer vollständigen Kontrolle über Konstantinopel und die Straße der Dardanellen kommt, was die Rückgabe von Thrakien in sich schließen würde, werde Sir Harrington von einer Konferenz absieben und sich nur in einer schriftlichen Antwort an Atem wenden.

Der dänische Minister Berg †.

Kopenhagen, 11. Juli. Der Minister des Innern Berg ist heute morgen an Herzschlag gestorben.

Kämpfe bei Tampico.

London, 11. Juli. Nach einer „Urgroß“-Meldung aus New York wird aus Berichtigung berichtet, daß zwei megalithische Kanonenboote mit 500 Soldaten an Bord nach Tampico abgesandt worden sind. In der Umgebung von Tampico soll es zu bedeutenden Kämpfen gekommen sein.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Die heute eingegangene Nr. 70 des Reichsgesetzblattes enthält: Gesetz, betreffend das Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und den alliierten Hauptmächten über die Beliegung einiger Abschnitte der Grenzen des Saargebietes; Gesetz, betreffend das deutsch-französische Abkommen über die Erhaltung der von Elsass-Lothringen geleisteten außerordentlichen Kriegsopfergaben; Gesetz, betreffend die Auslandsbehörden nebst Taxis; Verordnung über fünfjährige Tätigkeitszeit; Verordnung, betreffend Änderung der Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung in das Saarbezirksgebiet vom 22. März 1921 (R.-G.-Bl. S. 441); Verordnung, betreffend Änderung der Vorschriften zur Durchführung des Gesetzes über die Regelung der Kolonialpolitik vom 18. Juli 1919 (R.-G.-Bl. S. 663); Durchsichtserrichtungen.

Brandenburg mit den Worten: Wir haben es fertig gebracht, unsern Staatsaufstand ins Gleiche zu bringen. Frankreich wird in einer nahen Zukunft aus seinem Siege Nutzen ziehen und eine bessere Stellung enehmen. Dazu ist es aber nötig, daß das

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 12. Juli.

* Die Schäßburgstraße der Volkshochschule, Neues Rathaus, Zimmer 44/46, ist in der Zeit vom 15. Juli bis 6. August geschlossen.

* Donnerstag, den 14. Juli, 1/2 Uhr abends findet im Hotel „Goldener Apfel“, Große Meißner Straße, eine Versammlung der Vertreter der Bevölkerungsgemeinschaft der Kriegsbeschuldigten und Kriegsheimkehrer im Südlichen Militärvereinshaus statt.

* Über die Herbstblumenau Dresden 1921 wird uns geschrieben: Der Städtische Ausstellungsplatz an der Pannenstraße legt sein Sommerfest an. Die Droschen, die in einer noch nicht gezeigten Menge angekündigt werden sind (Breslau 1913 6000, Dresden 1921 10 000), entwickeln sich günstig. Sie sind in sechs Droschensorten angekündigt, dazu kommt noch das Neubrühvergnügen. Außerdem sind ein großer Schuhgarten, sowie je ein Begonia-, Gladiolen- und Sommerblumengarten geschaffen. Die Ausstellung in den Hallen wird umfangreicher, als bisher angenommen wurde. Je eine Halle ist für die Gruppen Dresden und Weißer Hirsch, sowie für die Deutsche Volkstagsellschaft vorgesehen, drei für Engelsgruppe, drei für die Blumenmusik, die belobigst stark vertreten sein wird, und je eine für Porträtkunst, Gemälde, Obst und die Industrie. Anmeldungen für das Kästchen sind umgehend an die Ausstellungleitung, Dresden, Antoniplatz-Markthalle, zu richten. Während der Ausstellung liegen der Landesverband Sachsen des Verbandes deutscher Gartenbauern bei länger als 26 Wochen abnehmbar vorbereitender Frucht und Erwerbsfähigkeit) vor. Anmeldungen sind 157 344, jedoch am 1. Juli 1921 noch 92 143 liegen, gegen 90 965 am 1. April 1921.

Während desselben Zeitraumes wurden 75 507 Alterrenten bewilligt. Davon sind 52 068 wegfällig, demnach waren am 1. Juli 1921 noch 23 509 laufend, gegen 23 060 am 1. April 1921.

Altersrenten über längere als 26 Wochen abnehmbar vorbereitender Frucht und Erwerbsfähigkeit) wurden seit dem 1. Januar 1900 45 004 bewilligt. Wegenfallen sind 38 431, also liegen am 1. Juli 1921 noch 6 623, gegen 6 872 am 1. April 1921.

Seit Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung, dem 1. Januar 1912, wurden 14 895 Witwen- und Witwerrenten, 973 Witwenkonkurrenten, 53 135 Witwendanten und 20 Zusatzrenten bewilligt. Davon sind infolge Todes oder aus anderen Gründen wegfallen 157 344, jedoch am 1. Juli 1921 noch 92 143 liegen, gegen 90 965 am 1. April 1921.

Während desselben Zeitraumes wurden 75 507 Alterrenten bewilligt. Davon sind 52 068 wegfällig, demnach waren am 1. Juli 1921 noch 23 509 laufend, gegen 23 060 am 1. April 1921.

Altersrenten über längere als 26 Wochen abnehmbar vorbereitender Frucht und Erwerbsfähigkeit) wurden seit dem 1. Januar 1900 45 004 bewilligt. Wegenfallen sind 38 431, also liegen am 1. Juli 1921 noch 6 623, gegen 6 872 am 1. April 1921.

Seit Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung, dem 1. Januar 1912, wurden 14 895 Witwen- und Witwerrenten, 973 Witwenkonkurrenten, 53 135 Witwendanten und 20 Zusatzrenten bewilligt. Davon sind infolge Todes oder aus anderen Gründen wegfallen 157 344, jedoch am 1. Juli 1921 noch 92 143 liegen, gegen 90 965 am 1. April 1921.

Altersrenten über längere als 26 Wochen abnehmbar vorbereitender Frucht und Erwerbsfähigkeit) wurden seit dem 1. Januar 1900 45 004 bewilligt. Wegenfallen sind 38 431, also liegen am 1. Juli 1921 noch 6 623, gegen 6 872 am 1. April 1921.

Seit Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung, dem 1. Januar 1912, wurden 14 895 Witwen- und Witwerrenten, 973 Witwenkonkurrenten, 53 135 Witwendanten und 20 Zusatzrenten bewilligt. Davon sind infolge Todes oder aus anderen Gründen wegfallen 157 344, jedoch am 1. Juli 1921 noch 92 143 liegen, gegen 90 965 am 1. April 1921.

Am 1. Juli 1921 standen also insgesamt 160 624 Renten, 2130 mehr als zu Beginn des vorangegangenen Quartals im Gewinne von Renten der sächsischen Landesversicherungsanstalt.

Am Kriegsteilnehmer wurden bis Ende Juni 1921 2783 Invaliden, 22 047 Aranzen- und 2 Ju-

ngospenden, an die hinterbliebenen von Kriegs-

teilnehmern 618 Witwen, 291 Witwenkonkurren-

ten, ferner 15 421 mal Witwendanten und 709 mal Witwendauer bewilligt.

Bis 21. Juni 1921 wurde Witwendel in 27 402 Fällen und Witwendauer in 2265 Fällen festgestellt.

Am 1. Juli 1921 standen also insgesamt 160 624 Renten, 2130 mehr als zu Beginn des vorangegangenen Quartals im Gewinne von Renten der sächsischen Landesversicherungsanstalt.

Am Kriegsteilnehmer wurden bis Ende Juni 1921 2783 Invaliden, 22 047 Aranzen- und 2 Ju-

ngospenden, an die hinterbliebenen von Kriegs-

teilnehmern 618 Witwen, 291 Witwenkonkurren-

ten, ferner 15 421 mal Witwendanten und 709 mal Witwendauer bewilligt.

Bis 21. Juni 1921 wurde Witwendel in 27 402 Fällen und Witwendauer in 2265 Fällen festgestellt.

Am 1. Juli 1921 standen also insgesamt 160 624 Renten, 2130 mehr als zu Beginn des vorangegangenen Quartals im Gewinne von Renten der sächsischen Landesversicherungsanstalt.

Am Kriegsteilnehmer wurden bis Ende Juni 1921 2783 Invaliden, 22 047 Aranzen- und 2 Ju-

ngospenden, an die hinterbliebenen von Kriegs-

teilnehmern 618 Witwen, 291 Witwenkonkurren-

ten, ferner 15 421 mal Witwendanten und 709 mal Witwendauer bewilligt.

Bis 21. Juni 1921 wurde Witwendel in 27 402 Fällen und Witwendauer in 2265 Fällen festgestellt.

Am 1. Juli 1921 standen also insgesamt 160 624 Renten, 2130 mehr als zu Beginn des vorangegangenen Quartals im Gewinne von Renten der sächsischen Landesversicherungsanstalt.

Am Kriegsteilnehmer wurden bis Ende Juni 1921 2783 Invaliden, 22 047 Aranzen- und 2 Ju-

ngospenden, an die hinterbliebenen von Kriegs-

teilnehmern 618 Witwen, 291 Witwenkonkurren-

ten, ferner 15 421 mal Witwendanten und 709 mal Witwendauer bewilligt.

Bis 21. Juni 1921 wurde Witwendel in 27 402 Fällen und Witwendauer in 2265 Fällen festgestellt.

Am 1. Juli 1921 standen also insgesamt 160 624 Renten, 2130 mehr als zu Beginn des vorangegangenen Quartals im Gewinne von Renten der sächsischen Landesversicherungsanstalt.

Am Kriegsteilnehmer wurden bis Ende Juni 1921 2783 Invaliden, 22 047 Aranzen- und 2 Ju-

ngospenden, an die hinterbliebenen von Kriegs-

teilnehmern 618 Witwen, 291 Witwenkonkurren-

ten, ferner 15 421 mal Witwendanten und 709 mal Witwendauer bewilligt.

Bis 21. Juni 1921 wurde Witwendel in 27 402 Fällen und Witwendauer in 2265 Fällen festgestellt.

Am 1. Juli 1921 standen also insgesamt 160 624 Renten, 2130 mehr als zu Beginn des vorangegangenen Quartals im Gewinne von Renten der sächsischen Landesversicherungsanstalt.

Am Kriegsteilnehmer wurden bis Ende Juni 1921 2783 Invaliden, 22 047 Aranzen- und 2 Ju-

ngospenden, an die hinterbliebenen von Kriegs-

teilnehmern 618 Witwen, 291 Witwenkonkurren-

ten, ferner 15 421 mal Witwendanten und 709 mal Witwendauer bewilligt.

Bis 21. Juni 1921 wurde Witwendel in 27 402 Fällen und Witwendauer in 2265 Fällen festgestellt.

Am 1. Juli 1921 standen also insgesamt 160 624 Renten, 2130 mehr als zu Beginn des vorangegangenen Quartals im Gewinne von Renten der sächsischen Landesversicherungsanstalt.

Am Kriegsteilnehmer wurden bis Ende Juni 1921 2783 Invaliden, 22 047 Aranzen- und 2 Ju-

ngospenden, an die hinterbliebenen von Kriegs-

teilnehmern 618 Witwen, 291 Witwenkonkurren-

ten, ferner 15 421 mal Witwendanten und 709 mal Witwendauer bewilligt.

Bis 21. Juni 1921 wurde Witwendel in 27 402 Fällen und Witwendauer in 2265 Fällen festgestellt.

Am 1. Juli 1921 standen also insgesamt 160 624 Renten, 2130 mehr als zu Beginn des vorangegangenen Quartals im Gewinne von Renten der sächsischen Landesversicherungsanstalt.

Am Kriegsteilnehmer wurden bis Ende Juni 1921 2783 Invaliden, 22 047 Aranzen- und 2 Ju-

ngospenden, an die hinterbliebenen von Kriegs-

teilnehmern 618 Witwen, 291 Witwenkonkurren-

ten, ferner 15 421 mal Witwendanten und 709 mal Witwendauer bewilligt.

Bis 21. Juni 1921 wurde Witwendel in 27 402 Fällen und Witwendauer in 2265 Fällen festgestellt.

Am 1. Juli 1921 standen also insgesamt 160 624 Renten, 2130 mehr als zu Beginn des vorangegangenen Quartals im Gewinne von Renten der sächsischen Landesvers

Amtlicher Teil.

In allen mit der Veröffentlichung amtlicher Bekanntmachungen betroubenen Zeitungen abzudrucken.

Änderung der Bekanntmachung
des Reichsministeriums vom 20. 9. 20 zur
Bekanntmachung über die Maßreglung der Mittel
für die Kohlenwirtschaftsstellen vom 21. 5. 20.
(Nr. 218 der Sächs. Staatszeitung vom 21. 9. 20.)

Die in § 2 unter a und b festgesetzten Be-
hälter werden mit Wirkung vom 1. Juni 1921 ob-

a) für Steinöfen
Steinkohlen
Steinkohle
Kohle
b) Braunkohle
Braunkohle
Braunkohlen
Braunkohle
Rohkohle
Steine
herabgezahlt.

v. 40 Pf. auf 30 Pf. für die t

- 30 - 20 - - t

529 K [3248]

Dresden, 12. Juli 1921. Arbeitsministerium.

Zu Mitgliedern des Beirats der Sächsischen

Staatsbank sind gewählt oder ernannt worden:

herr Landtagsabgeordneter Kommerzienrat

Johannes Hofmann in Dresden

Blaievich, Sekundärstr. 8,

herr Syndikus Dr. Kluge an der Gewerbe-

kammer in Dresden,

herr Generaldirektor Krug in Lugau, Stein-

schiffswerft Gothisches Eger,

herr Hauptbuchhalterdirektor Rechnungsamt Lies

in Leipzig (Staatsbank),

herr Buchdruckereibesitzer Julius Lüke in Leipzig,

MitInhaber der Firma B. G. Leibnitz,

herr Landtagsabgeordneter Kommerzienrat Franz

Minutius in Dresden, Bernhardstraße 71,

herr Landtagsabgeordneter Kaufmann Richard

Vader in Leipzig, Kaiser Wilhelm-

Große 81,

herr Fabrikmeister Paul Rudolph in Wald-

dorf (Sa.),

der Direktor des Landeskulturrats Herr Hofrat

Dr. Schöne in Dresden,

herr Kommerzienrat Oskar Jässel in Dresden,

Reichenstraße 34.

Dresden, am 11. Juli 1921.

Der Staatskonsistorialrat für die Sächsische Staatsbank,

Dr. Hertig, Ministerialdirektor. 3257

Die diesjährigen Abstimmungen an den Staats-

banken werden Dienstag, den 19. Juli 1921, vorm.

11 Uhr im Schauspielhaus in Rügland, Mittwoch, den

20. Juli 1921, vorm. 9 Uhr im Stadttheater in

Zwickau, samst. 8 Uhr im Rathaus zu Altenburg

am Freitag, Sonnabend, den 21. Juli 1921, vorm.

11 Uhr im Theater in Grimma bei Hainichen ver-

anstaltet. Vergleichende der zur Versteigerung ge-

langenden Städte werden gegen Einladung des

Wähler von 1. Mort zugesandt.

3256

Ziraaten- und Wasser-Verkauf Löbeln.

Zur Blatt 140 des Handelsregister ist heute

die offene Handelsgesellschaft in Firma Regel &

Kothe in Löbeln, und als deren Inhaber sind die

Brüder Max Regel in Wiesa v. Kamenz und

Paul Kothe in Löbeln eingetragen worden.

Wegenhand des Unternehmens ist der Groß- und

Stahlhandel mit Industriewerken erzeugnissen und

Fabrikatikeln, Eisen- und Baumaterialien. Die

Wiederholung ist am 1. Juli 1921 erichtet worden.

Amtsgericht Bischofswerda, 9. Juli 1921. 3236

Zu das Handelsregister ist heute auf Blatt 16533

die Gesellschaft Spence & Grund Gesellschaft mit

beschränkter Haftung in Dresden, Zweigniederlassung

in Frankfurt am Main unter der gleichen Firma

bestehenden Gesellschaft mit beschränkter Haftung

und weiter folgendes eingetragen worden: Der

Gesellschaftsvertrag ist am 14. Dezember 1918 ab-

geschlossen und am 27. Januar 1919 und am

29. April 1920 abgeändert worden. Der Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Eisenwaren

und anderen Artikeln. Die Gesellschaft ist befugt,

gelehrte oder ähnliche Untersuchungen zu

gründen und zu erwirken, sich an solchen zu

beteiligen. Befreiungen zu übernehmen, wie

überhaupt die Abschaffung, die mittel- oder unmittelbar das Unternehmen zu

fürchten greift sind. Die Gesellschaft kann

zweckmäßig eröffnen. Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark. Die Befreiung der

Gesellschaft erfolgt, wenn mehrere Geschäftsführer

bestehen durch einmäßige Abgabe in den Frankfurter Nachrichten. (Geschäftsraum: Bischofswerda, 28.)

Amtsgericht Dresden, Abt. III, am 9. Juli 1921.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 16536

die Gesellschaft A. Siebmachers Technisches Büro

Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden

und weiter folgendes eingetragen worden: Der

Gesellschaftsvertrag ist am 3. Juni 1921 abgeschlossen

worden. Gegenstand des Unternehmens ist die

Reparatur von elektrischen Maschinen und Appa-

raten, Umbau ganzer Maschinenanlagen, An- und

Verkauf elektrischer Geräte, der Bau von Klein-

Motoren und elektrischen Apparaten, der Handel

mit elektrischen Maschinen und Apparaten und deren

ähnlichem Inhaber, die Errichtung von Bür- und

Niederlassungen und die Erwerbung oder Befreiung

von und die Beteiligung an gleichartigen Unter-

nehmungen. Das Stammkapital beträgt einhundert-

fünfzigtausend Mark. Sind mehrere Ge-

schäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch

drei Geschäftsführer über einen Geschäftsführer

und einen Prokuristen vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Ingenieure Georg Hermann Josef Siebmachers in Langenbach und Rudolf Georg Hildebrandt in Niederlößnitz. Prokura ist bestellt dem Betriebsleiter Adolf Paul Böhme in Dresden. Er darf die Gesellschaft nur gemeinsam mit einem Geschäftsführer vertreten.

Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Der Geschäftsführer Siebmachers bringt als seine Einlage das von ihm unter starker Geschäftsbeteiligung des Ingenieurs Gönn und des Betriebsleiters Böhme unter der Firma "Josef Siebmachers Technisches Büro" in Dresden betriebene Fabrik und Handelsbetrieb nebst Zubehör mit Mitteln und Pausiven nach dem Stande der Bilanz vom 31. März 1921 vertragt in die Gesellschaft ein, das das Geschäft vom 1. April 1921 ab als aus ihrer Rechnung geschäft angeleitet wird. Die Bilanz ist nach laufmännischen Grundzügen aufzustellen. Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so bringt jeder von ihnen einzeln die Bilanz und Bilanzlager, sowie der Betriebsleiter sowohl Lebens- und Gütermittel. Aufgenommen hierzu sind solche Waren, zu deren Vertrieb eine besondere Handelslizenzen erforderlich ist. Zur Erreichung dieses Zwecks ist die Gesellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen Unternehmungen zu beteiligen und deren Vertrieb zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt einhundertfünfzigtausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder von ihnen befugt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Alfred Eduard Henrich und Johannes August Hermann Vollertsen in Blaustein bei Hamburg.

Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Der Geschäftsführer Siebmachers bringt als seine Einlage das von ihm unter starker Geschäftsbeteiligung des Ingenieurs Gönn und des Betriebsleiters Böhme unter der Firma "Josef Siebmachers Technisches Büro" in Dresden betriebene Fabrik und Handelsbetrieb nebst Zubehör mit Mitteln und Pausiven nach dem Stande der Bilanz vom 31. März 1921 vertragt in die Gesellschaft ein, das das Geschäft vom 1. April 1921 ab als aus ihrer Rechnung geschäft angeleitet wird. Die Bilanz ist nach laufmännischen Grundzügen aufzustellen. Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so bringt jeder von ihnen einzeln die Bilanz und Bilanzlager, sowie der Betriebsleiter sowohl Lebens- und Gütermittel. Aufgenommen hierzu sind solche Waren, zu deren Vertrieb eine besondere Handelslizenzen erforderlich ist. Zur Erreichung dieses Zwecks ist die Gesellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen Unternehmungen zu beteiligen und deren Vertrieb zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt einhundertfünfzigtausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder von ihnen befugt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Alfred Eduard Henrich und Johannes August Hermann Vollertsen in Blaustein bei Hamburg.

Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Der Geschäftsführer Siebmachers bringt als seine Einlage das von ihm unter starker Geschäftsbeteiligung des Ingenieurs Gönn und des Betriebsleiters Böhme unter der Firma "Josef Siebmachers Technisches Büro" in Dresden betriebene Fabrik und Handelsbetrieb nebst Zubehör mit Mitteln und Pausiven nach dem Stande der Bilanz vom 31. März 1921 vertragt in die Gesellschaft ein, das das Geschäft vom 1. April 1921 ab als aus ihrer Rechnung geschäft angeleitet wird. Die Bilanz ist nach laufmännischen Grundzügen aufzustellen. Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so bringt jeder von ihnen einzeln die Bilanz und Bilanzlager, sowie der Betriebsleiter sowohl Lebens- und Gütermittel. Aufgenommen hierzu sind solche Waren, zu deren Vertrieb eine besondere Handelslizenzen erforderlich ist. Zur Erreichung dieses Zwecks ist die Gesellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen Unternehmungen zu beteiligen und deren Vertrieb zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt einhundertfünfzigtausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder von ihnen befugt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Alfred Eduard Henrich und Johannes August Hermann Vollertsen in Blaustein bei Hamburg.

Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Der Geschäftsführer Siebmachers bringt als seine Einlage das von ihm unter starker Geschäftsbeteiligung des Ingenieurs Gönn und des Betriebsleiters Böhme unter der Firma "Josef Siebmachers Technisches Büro" in Dresden betriebene Fabrik und Handelsbetrieb nebst Zubehör mit Mitteln und Pausiven nach dem Stande der Bilanz vom 31. März 1921 vertragt in die Gesellschaft ein, das das Geschäft vom 1. April 1921 ab als aus ihrer Rechnung geschäft angeleitet wird. Die Bilanz ist nach laufmännischen Grundzügen aufzustellen. Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so bringt jeder von ihnen einzeln die Bilanz und Bilanzlager, sowie der Betriebsleiter sowohl Lebens- und Gütermittel. Aufgenommen hierzu sind solche Waren, zu deren Vertrieb eine besondere Handelslizenzen erforderlich ist. Zur Erreichung dieses Zwecks ist die Gesellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen Unternehmungen zu beteiligen und deren Vertrieb zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt einhundertfünfzigtausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder von ihnen befugt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Alfred Eduard Henrich und Johannes August Hermann Vollertsen in Blaustein bei Hamburg.

Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Der Geschäftsführer Siebmachers bringt als seine Einlage das von ihm unter starker Geschäftsbeteiligung des Ingenieurs Gönn und des Betriebsleiters Böhme unter der Firma "Josef Siebmachers Technisches Büro" in Dresden betriebene Fabrik und Handelsbetrieb nebst Zubehör mit Mitteln und Pausiven nach dem Stande der Bilanz vom 31. März 1921 vertragt in die Gesellschaft ein, das das Geschäft vom 1. April 1921 ab als aus ihrer Rechnung geschäft angeleitet wird. Die Bilanz ist nach laufmännischen Grundzügen aufzustellen. Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so bringt jeder von ihnen einzeln die Bilanz und Bilanzlager, sowie der Betriebsleiter sowohl Lebens- und Gütermittel. Aufgenommen hierzu sind solche Waren, zu deren Vertrieb eine besondere Handelslizenzen erforderlich ist. Zur Erreichung dieses Zwecks ist die Gesellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen Unternehmungen zu beteiligen und deren Vertrieb zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt einhundertfünfzigtausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder von ihnen befugt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Alfred Eduard Henrich und Johannes August Hermann Vollertsen in Blaustein bei Hamburg.

Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Der Geschäftsführer Siebmachers bringt als seine Einlage das von ihm unter starker Geschäftsbeteiligung des Ingenieurs Gönn und des Betriebsleiters Böhme unter der Firma "Josef Siebmachers Technisches Büro" in Dresden betriebene Fabrik und Handelsbetrieb nebst Zubehör mit Mitteln und Pausiven nach dem Stande der Bilanz vom 31. März 1921 vertragt in die Gesellschaft ein, das das Geschäft vom 1. April 1921 ab als aus ihrer Rechnung geschäft angeleitet wird. Die Bilanz ist nach laufmännischen Grundzügen aufzustellen. Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so bringt jeder von ihnen einzeln die Bilanz und Bilanzlager, sowie der Betriebsleiter sowohl Lebens- und Gütermittel. Aufgenommen hierzu sind solche Waren, zu deren Vertrieb eine besondere Handelslizenzen erforderlich ist. Zur Erreichung dieses Zwecks ist die Gesellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen Unternehmungen zu beteiligen und deren Vertrieb zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt einhundertfünfzigtausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder von ihnen befugt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Alfred Eduard Henrich und Johannes August Hermann Vollertsen in Blaustein bei Hamburg.

Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Der Geschäftsführer Siebmachers bringt als seine Einlage das von ihm unter starker Geschäftsbeteiligung des Ingenieurs Gönn und des Betriebsleiters Böhme unter der Firma "Josef Siebmachers Technisches Büro" in Dresden betriebene Fabrik und Handelsbetrieb nebst Zubehör mit Mitteln und Pausiven nach dem Stande der Bilanz vom 31. März 1921 vertragt in die Gesellschaft ein, das das Geschäft vom 1. April 1921 ab als aus ihrer Rechnung geschäft angeleitet wird. Die Bilanz ist nach laufmännischen Grundzügen aufzustellen. Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so bringt jeder von ihnen einzeln die Bilanz und Bilanzlager, sowie der Betriebsleiter sowohl Lebens- und Gütermittel. Aufgenommen hierzu sind solche Waren, zu deren Vertrieb eine besondere Handelslizenzen erforderlich ist. Zur Erreichung dieses Zwecks ist die Gesellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen Unternehmungen zu beteiligen und deren Vertrieb zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt einhundertfünfzigtausend Mark. Sind mehrere Geschäftsf

